Tagesordnung des Unabhängigen Monitoringausschusses
Sitzung am Donnerstag, dem 4. Dezember 2025
14:00 bis 16:30 Uhr

online über Teams

und vor Ort

im Sozialministerium-Service
Festsaal
Babenberger Straße 5
1010 Wien

Anwesenheit

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter*innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Hauptmitglieder: Michaela Lödler, Michaela Joch, Silvia Oechsner, Daniela Rammel

Ersatzmitglieder: Felix Steigmann (ab 14:10, bis 15:27), Oana Iusco, Marlene Krubner

Vertreter*innen Wissenschaftliche Lehre:

Hauptmitglied: Katta Spiel (stimmberechtigt)

Vertreter*innen NGO EZA/Humanitäre Hilfe:

Ersatzmitglied: Anna Scheithauer (stimmberechtigt)

In unterstützender Funktion / mit beratender Stimme:

BMSGPK
Celine Geisen-Mayerl, Martina Seiter (ab 15:57)

Büro
Christina Wurzinger, Nina Eckstein, Stefanie Lagger-Zach
Em Gruber, Elis Eder, Eva Rottensteiner

Schriftdolmetscher*innen: Gudrun Amtmann, Andrea Reif

Entschuldigt:
Julia Moser, Tobias Buchner, Oswald Föllerer,
Theresa Hammer, Sebastian Öhner

Protokoll

1. Begrüßung

Daniela Rammel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Genehmigung der Tagesordnung (Beschluss)

Der Ausschuss beschließt die Tagesordnung einstimmig.

4. Beschluss der Protokolle

Der Ausschuss beschließt die Protokolle dieser Sitzungen einstimmig:

- Sitzung am 25. September 2025
- Sitzung am 13. November 2025

5. Austausch mit der Behindertenanwältin (BA)

Die Anwältin für Gleichbehandlungsfragen für Menschen mit Behinderungen, Christine Steger, war bei der Sitzung eingeladen.
Sie berichtete von den Schwerpunkten 2025 und die nächsten geplanten Schritte:

- Die **Regionalbüros** der BA gingen 2025 voll in Betrieb:
  - Regionalbüro WEST in Salzburg
  - Regionalbüro SÜD in Graz und
  - Regionalbüro OST in Wien

  Die Anzahl der gemeldeten Fälle steigt deshalb ständig:
  2025 gab es etwa 35% mehr Fälle als davor.

- Es gibt viel mehr **Verbands-Schlichtungen**.
  Gerade laufen 9 Verbands-Schlichtungen und 2 sind in Vorbereitung.

- Die BA hat **Vernetzungstreffen der Stakeholder*innen** und **monatliche Sprechtage** online und in den Bundesländern angeboten.
  Das letzte Vernetzungstreffen war zum Thema Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.

- Die BA tauschte sich viel mit den **Anti-Diskriminierungs-Stellen** aus.
  Es ist oft nicht klar, welche Stelle zuständig ist.
  Die Antidiskriminierungsstellen sind sehr zersplittert:
  Es gibt österreichweit 50 verschiedene Antidiskriminierungsstellen.
  Ein Vorschlag ist: Man kann eine **Anlaufstelle** einrichten.
  Die Anlaufstelle weist dann auf die zuständige Antidiskriminierungsstelle hin.

- Schlichtung und intersektionale Diskriminierung:

  Die **Schlichtung** als Instrument wurde durch intern geprüft (NAP-Maßnahme).
  Das Berichtsergebnis ist noch unbekannt.

  Die Behindertenanwältin sagt: Schlichtungen sind oft keine guten Werkzeuge.
  Besonders, wenn es um intersektionale Diskriminierungs-Erfahrungen geht.
  Das bedeutet: Eine Person ist von mehreren Diskriminierungsformen betroffen
  zum Beispiel eine Person mit Behinderungen ist auch von Rassismus und/oder
  Sexismus betroffen.

  Wenn eine Behinderung auch in die Diskriminierung miteinspielt,
  dann müssen betroffene Personen immer zuerst eine Schlichtung machen.
  Das ist ein Problem. Denn so müssen sich die betroffenen Personen mit ihren
  Täter*innen in einen Raum setzen und über den Vorfall sprechen.
  Die Täter*innen können dagegen sprechen.
  Das kann die betroffenen Personen noch einmal traumatisieren.

  Bei Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts kann zum Beispiel die
  Gleichbehandlungskommission feststellen, ob eine Diskriminierung vorliegt.
  Die betroffenen Personen bekommen ein Gutachten mit der Bestätigung:
  Das war eine Diskriminierung und das war nicht in Ordnung.
  Das Gutachten kann man dann vor Gericht verwenden.
  Das gibt es nicht für Menschen mit Behinderungen.

  Die BA möchte das Werkzeug der Schlichtung so weiterentwickeln:

  - Schulungen für Schlichtungs-Referent*innen
    Sie müssen gut mit traumatisierten Personen umgehen können
  - Personen mit Behinderungen dürfen auch andere Maßnahmen wählen.
  - Personen mit anderen Diskriminierungs-Erfahrungen dürfen auch
    Schlichtungen machen.

6. Berichte der Ausschuss-Mitglieder (Diskussion)

Aktuelle Entwicklungen

- **System Ausgleichstaxe**

Unternehmen mit über 25 Angestellten müssen eine Ausgleichstaxe zahlen,
wenn sie keine Menschen mit Behinderungen (MmB) anstellen.
Diese Zahlungen bilden den Ausgleichs-Tax-Fonds (ATF).
Unternehmen mit MmB können Förderungen aus dem ATF beantragen.

Katta Spiel spricht die Probleme mit dem System Ausgleichstaxe an:
Das System funktioniert nur, wenn Unternehmen wenige MmB anstellen.
Wenn mehr MmB angestellt sind, ist weniger Geld im Fonds.
Dann ist zu wenig Geld im Fonds für die Unterstützung der Angestellten mB.

Deswegen gab es jetzt Kürzungen bei den Unterstützungsleistungen.
Die Regierungsparteien haben sich dazu bekannt an dem Thema weiterzuarbeiten.

Katta Spiel regt einen Prozess an: Welche Meinung hat der Ausschuss zum ATF?
Der Ausschuss will festhalten: Wo entspricht das System nicht der UN-BRK?

Im Kompetenzteam Arbeit vom ÖBR ging es auch um die Auswirkungen der Kürzungen.
Das Büro ist im Kompetenzteam (KT) vertreten und begleitet die Diskussion.
Das KT hat zivilgesellschaftlichen Positionspapiere verfasst.
Der Ausschuss unterschreibt die Positionspapiere aber nicht,
denn das widerspricht seiner Monitoringrolle.
Das Büro soll die Diskussionen im Kompetenzteam weiterverfolgen.

Gibt es gute Beispiele von anderen Systemen?
Das Büro ist in einer AG des Europäischen Netzwerks der Menschenrechts-Institutionen
Englisch: *European Network of National Human Rights Institutions* (ENNHRI).
Im 1. ENNHRI Treffen 2026 soll das Büro das Thema ATF einbringen und
die anderen Länder nach guten Beispielen für andere Systeme fragen.
Der Bericht folgt dann in der Ausschuss-Sitzung danach.

In nächster Zeit kommt auch ein Bericht vom Rechnungshof über den ATF.

- **Persönliche Assistenz**

Marlene Krubner spricht das Thema Persönliche Assistenz (PA) an:
Der Ausschuss hat nur zum Thema Persönliche Assistenz alleine das letzte Mal 2011 eine Stellungnahme verfasst. Stellungnahme: Persönliche Assistenz Stellungnahme: Persönliches Budget.
Eine weitere Stellungnahme zur De-Institutionalisierung mit breiter Diskussion der PA hat der Ausschuss 2016 veröffentlicht. Stellungnahme: DeInstitutionalisierung

Es gibt jetzt große Probleme mit der Persönlichen Assistenz:
Der Stundensatz für Persönliche Assistent*innen wurde teilweise nicht erhöht.
Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf können in einigen Regionen nicht mehr selbstbestimmt leben. Man drängt sie in Institutionen.
Sie regt an: der Ausschuss soll eine Stellungnahme dazu schreiben.

Die Mittel für das Pilotprojekt Harmonisierung der PA kommen nicht aus dem ATF,
sondern aus dem UFO (Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderungen.
Es haben bisher 5 Bundesländer am Projekt teilgenommen.
Für 2026 gibt es schon einzelne Anträge.
Das Sozialministerium verhandelt auch mit den anderen Bundesländern,
die nicht im Projekt sind.
Ein Weiterentwicklungs-Prozess ist geplant.
Bald wird ein Zwischenbericht für die Evaluierung des Pilotprojekts veröffentlicht.

Der Ausschuss bespricht, welches Mittel er für das Thema nutzen will:
Stellungnahmen entstehen meistens im Zusammenhang mit der Öffentlichen Sitzung.
Es gibt aber auch andere Mittel zum Beispiel: Runder Tisch, interne Arbeitsgruppen,
das Jahresthema Kinder und Jugendliche mit Behinderungen mit PA verbinden.
Zum Beispiel Freizeitassistenz und Schulassistenz.
Der Ausschuss klärt ab, welches Mittel am besten passt.

Das Thema PA fand auch viel Platz in der letzten Ausschussarbeit:
Der Monitor De-Institutionalisierung nimmt das Thema stark auf.
Im Rahmen des 3. Dezember 2025 wurde der Monitor veröffentlicht und breit verteilt.
Bei der Pressekonferenz zum Tag der Kinderrechte war PA einer der 4 Schwerpunkte.
Auch bei der diesjährigen öffentlichen Sitzung zum Thema Aufwachsen mit Behinderungen hat jede Gruppe Persönliche Assistenz genannt.

- **Sozialhilfe**

Michaela Lödler spricht Sozialhilfe und Einsparungen an:
Artikel 28 der UN-BRK legt das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard fest.
Wichtig ist: Der Ausschuss muss die Entwicklungen in Bezug auf den Entwurf des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes beobachten und eine Begutachtung dazu machen.
Regelungen in den Ländern gibt es schon.
Die Einsparungen treffen Menschen mit Behinderungen sehr stark.

7. Berichte zu Terminen:

- 14. November: **NAP-Begleitgruppe**
  (Umsetzung der UN-BRK durch den NAP Behinderung II)

  Daniela Rammel und Stefanie Lagger-Zach waren bei der Sitzung.
  Es ging viel um die Begleitstudie zum NAP.
  Das Non-Profit-Institut der Wirtschafts-Uni Wien (WU NPO) führt die Studie aus.

- 17. November: **Vernetzungstreffen mit den Bundesländer-Monitoringstellen**

  Silvia Oechsner war beim Vernetzungstreffen mit den Monitoringstellen der Länder.
  Es ging hauptsächlich um die Themen Gesundheit und inklusive Bildung.
  In vielen Bundesländern beobachtet man dem Bau von Sonderschulen oder andere Rückschritte.
  Die Monitoringstellen beschlossen: Sie beziehen sich auf das Verschlechterungsverbot bei der Umsetzung der UN-BRK und überlegen vielleicht eine gemeinsame Presseaussendung am 24. Jänner (Internationaler Tag der Bildung).

8. Berichte zu laufenden Arbeiten (Information, Diskussion)

Öffentlichkeitsarbeit:

- **Tag der Kinderrechte:**
  Der UMA hielt am 19. November eine **Pressekonferenz** gemeinsam mit Behindertenanwaltschaft und Kinder- und Jugendanwaltschaft.

  Die gemeinsame Pressekonferenz war erfolgreich.
  Daniela Rammel hat **4 Ergebnisse aus der Öffentlichen Sitzung** vorgestellt:

  - Stigmatisierung und Mobbing
  - Zugang zu Information und Gesundheit
  - Freizeit und Assistenz
  - Partizipation und Selbstbestimmung.

  Viele Medien haben berichtet z.B.: Zeit im Bild, Ö1, Austria Presse Agentur (APA)
  Auch online war die Teilnahme groß.

  Nachbericht zur Pressekonferenz

- **Aufruf Erfahrungsberichte "Aufwachsen mit Behinderungen"**
  Eva sammelt die Erfahrungsberichte und fasst sie ohne Namen zusammen.
  Das erste Mal gab es die Möglichkeit, anonym über ein Online-Formular Erfahrungen zu schicken. Das haben 15 Personen genutzt.
  Die Berichte fließen in die Endberichte mit ein.

- **Monitor 2024 zum Thema De-Institutionalisierung:**
  Der Monitor wurde veröffentlicht. Dazu gab eine Presseaussendung zum Tag der Menschen mit Behinderungen, dem 3. Dezember.

- **Jahresbericht 2024**

  Der Jahresbericht 2024 wird aktuell finalisiert.

- **Sonstige Pressearbeit:**

  Daniela Rammel: Der Arzttermin als Hürdenlauf im Magazin Hausärzt:in.
  Das Magazin liegt in Ordinationen in ganz Österreich auf.

  Daniela Rammel: inklusive Bildung und Sonderschulen im Profil Online (mit Abo).
  Es gab dazu auch einige Postings und eine Podcast-Folge:
  Wie Sonderschulen in Österreich eine Lücke füllen, die es nicht geben sollte

  Julia Moser: Interview zu den Änderungen im Erwachsenenschutz-Gesetz in der Printausgabe von andererseits.

  Daniela Rammel: Inklusive Bildung bei der Pressekonferenz von GebärdenweltTV
  Link zum Video (großteils in Lautsprache mit Untertiteln)

Juristisches:

- **Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen**

  Der Ministerrat hat den NAP Gewaltschutz am 26. November beschlossen.
  Im NAP stehen insgesamt 150 Maßnahmen.
  Bei 9 Maßnahmen geht es um den Gewaltschutz von Frauen mit Behinderungen.

  Link zum PDF "NAP Gewaltschutz"

Alle anderen Termine und Informationen sind im Anhang zur Tagesordnung.
Auf Nachfrage gibt es gerne Berichte dazu.

9. Allfälliges

Ehrung Oswald Föllerer

Österreich hat Oswald Föllerer mit einer Goldenen Medaille geehrt.
Die Ehrung ist für seinen Einsatz für die Rechte von Menschen mit Lernschwierigkeiten.
Der Ausschuss gratuliert herzlich!

Termine 2026

Die nächsten Termine:

- Sitzung: Donnerstag, 22. Jänner online
- Sitzung: Donnerstag, 26. Februar online
- Klausur: Mittwoch, 12. März in der HausWirtschaft und online

Dank und Weihnachtswünsche

Die stellvertretende Vorsitzende bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern, der beratenden Stimme, dem Vereins-Vorstand, der Behindertenanwältin und ihren Mitarbeiter*innen, allen Unterstützenden und dem Büroteam.

Anhang zur Tagesordnung

Vergangene Termine:

- 13. November: BETESTAT-Sitzung (Projekt Behinderungs- und Teilhabe-Statistik)
- 17. November: Präsentation bei der Tagung zu neuen Wegen, Inklusion und Nachhaltigkeit im Sozialwesen von der österreichischer Botschaft in Albanien. „Innovating social services: Pathways to Inclusion and Sustainability"
- 21. November 2025: Tagung KIJA Wien zu "Teilhabe von Kindern und Jugendlichen"
- 4. Dezember: Treffen AG Legistik

Ausblick:

- Online Workshop-Reihe zur Überwachung der Situation von Menschen mit Lernschwierigkeiten und/oder psychosozialen Behinderungen in der Justiz. "Monitoring the situation of persons with intellectual and/or psychosocial disabilities deprived of liberty in criminal justice settings"
  im Rahmen des Projekts IMPACT: Strengthening the impact of national monitoring mechanisms in enhancing the rights of detainees with intellectual and/or psychosocial disabilities – LBI für Grund- und Menschenrechte

  3 Termine:

  - 15. Dezember: Internationale Standards für Rechte von Menschen mit Lernschwierigkeiten und/oder psychosozialen Behinderungen in der Kriminal-Justiz
    „International Standards on the Rights of Detainees with Intellectual and/or Psychosocial Disabilities in Criminal Justice Settings"
  - 15. Jänner 2026: Überwachung in der Praxis; "Monitoring in Practice"
  - 19. Februar 2026: Strategische Kooperation und effektive Nachverfolgung "Strategic Cooperation and Effective Follow-up"